

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuß**

2. Sitzung  
am Mittwoch, dem 19. Juni 1996,  
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Uwe Döring (SPD)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Torsten Geerdts (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Vorsitzender

in Vertretung von Bernd Schröder

**Fehlender Abgeordneter**

**Meinhard Füllner (CDU)**

**Landtagsverwaltung**

**LDir Dr. Jürgen Schöning**

**RD Dr. Ursula Haaf**

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
1. <b>Bericht des Ministers für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten über den Sachstand der Ostseekooperation nach dem ersten Ostseegipfel in Visby am 3./4. Mai 1996</b>	4
2. <b>Bericht des Direktors des Landtages und des Ministers für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten über die Vorbereitungen zur Konferenz der Ostseeparlamentarier</b>	6
3. <b>Überblick über die Fördermittel der Europäischen Union für Schleswig-Holstein und deren Akzeptanz</b>	8
4. <b>Termine 1996 und weitere Arbeit des Ausschusses</b>	10
5. <b>Verschiedenes</b>	11

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10.05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Vorsitzende stellt der Arbeit des Ausschusses folgende grundsätzlichen Überlegungen voran. Da es sich um einen noch relativ jungen Ausschuß handle, werde sich der Ausschuß in seiner Arbeit erst noch finden müssen. Er habe jedoch in ersten Gesprächen mit den Fraktionen festgestellt, daß der Europaausschuß nicht "Ort großer Kontroversen" sein werde, vielmehr gehe er davon aus, daß es im Sinne des Zusammenwachsens Europa sei, eine sachliche und effektive Arbeit zu leisten. In diesem Zusammenhang verweise er gern auf ein Wort des Alterspräsidenten, daß gelegentlicher Humor die Würde des Parlaments nicht verletze und wünsche sich eine gedeihliche Zusammenarbeit.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministers für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten  
über den Sachstand der Ostseekooperation nach dem ersten Ostseegipfel  
in Visby am 3./4. Mai 1996**

Anhand der vom Ministerium verteilten Abschlußklärung des ersten Gipfels der Ostseestaaten vom 3. und 4. Mai 1996 in Visby berichtet M Gerd Walter zunächst über den Ablauf der Konferenz, die er ein politisches Signal nennt. Er begründet die Kürze der Abschlußklärung mit Streichungswünschen auch aus dem Bundeskanzleramt, betont jedoch gleichzeitig, daß die aus der Resolution herausgenommenen Themenbereiche weiterhin als Material im Gespräch seien, beispielsweise schon auf der Tagung des Ostseerats der Außenminister (CBSS) am 2./3. Juli 1996 in Kalmar.

Auf dem ersten Gipfel sei die Rolle der regionalen Gebietskörperschaften in besonderer Weise unterstrichen worden. Schweden habe eine koordinierende Rolle unter den Regierungen in der Ostseekooperation erhalten. Ebenso habe der CBSS eine gleichermaßen koordinierende Rolle zugewiesen bekommen, um die Arbeit der unterschiedlichen Ministerkonferenzen zusammenzuführen. Im Hinblick auf den Auftrag der EU-Kommission, der in Madrid zur Gründung einer Baltic Sea Region Initiative erteilt worden sei, sei das Fazit zu ziehen, daß in Visby zum ersten Mal von den Regierungschefs der Anrainerstaaten das Bestreben, den Ostseeraum stärker ins Blickfeld zu rücken, zum Programm erhoben worden sei.

M Gerd Walter spricht im weiteren die Hoffnung aus, daß die Vorschläge, die der Ostseegipfel erarbeitet habe, beim Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Florenz Beachtung finden mögen.

Für Schleswig-Holstein bleibe die Erkenntnis, daß sich durch die neue Rolle Schwedens die bisher führende Stellung Schleswig-Holsteins etwas ändern werde. Das bedeute, daß man die Ebene der Kooperation im Bereich von Projekten besonders gut und intensiv werde abdecken müssen, wenn man weiter an führender Stelle mitwirken wolle. Das heißt, man müsse sich stärker in den Netzwerken engagieren. Im übrigen gebe es das Bemühen, das Land Schleswig-Holstein bei der Geschäftsführung für künftige Ostseeprogramme stärker mit einzubinden. Man werde versuchen, die Investitionsbank (IB) als ein Managementzentrum für Ostseekooperationsprojekte von der EU und den Ostseeanrainern beispielsweise bei der Abwicklung des Programms INTERREG II C anerkannt zu bekommen.

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion stehen Fragen zur Task Force, wo die Federführung bei Schweden liegen soll, sowie Fragen nach den Gründen, warum das Abschlußpapier des ersten Ostseegipfels so allgemein gehalten sei. Hier betont M Gerd Walter, daß es dabei nicht um die Ausklammerung bestimmter Problemfelder gegangen sei - ausgenommen Aussagen zu organisatorischen Überlegungen wie beispielsweise der Einrichtung eines Sekretariats -, sondern daß man vielmehr zu der Auffassung gelangt sei, daß Regierungschefs sich nicht mit allzu vielen Details befassen sollten.

Auf Bitten von Abg. Jürgen Weber sagt M Gerd Walter die Überlassung des ursprünglichen Entwurfs der Abschlußerklärung an die Fraktionen zu.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Intensivierung eines Projektmanagements zur besseren Akquisition von EU-Fördermitteln und die Akzeptanz des Bundeslandes Schleswig-Holstein bei den übrigen Ostseeanrainerstaaten. M Gerd Walter unterstreicht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit enger persönlicher Kontaktpflege.

Der Bericht wird vom Ausschuß zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Direktors des Landtages und des Ministers für Justiz,  
Bundes- und Europaangelegenheiten über die Vorbereitungen zur  
Konferenz der Ostseeparlamentarier**

LDir Dr. Jürgen Schöning beginnt seinen Bericht mit dem Stand der organisatorischen Vorbereitungen. Die Konferenz finde am 10./11. September 1996 in Riga statt. Die Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages hätten inzwischen ihre Vertreter benannt. Delegationsleiter sei der Landtagspräsident. Am kommenden Freitag würden in einer ständigen Arbeitsgruppe in Riga der Entwurf einer Tagesordnung und einer Resolution erörtert. Dieser Arbeitsgruppe gehöre Schleswig-Holstein für die deutschen Parlamente an. Folgende Schwerpunkte seien vorgesehen:

1. Ein Bericht des Gastgebers über die Entwicklungen im Ostseeraum aus parlamentarischer Sicht;
2. ein Bericht eines Vertreters des Ostseerates CBSS über dessen Arbeit im vergangenen Jahr; dies könne als Einstieg in einen parlamentarischen Dialog verstanden und begrüßt werden.

Folgende inhaltliche Themen seien darüber hinaus vorgesehen:

1. Die Herausforderungen im Umweltschutz der Ostseeregion mit Aussprache;
2. die Zusammenarbeit der Subregionen im Ostseeraum; hier solle der Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein aufgrund seiner Funktion als gewählter Sprecher der Subregionen die Leitung übernehmen;
3. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa; hier bemühe man sich um einen russischen Parlamentarier als Referenten;
4. der Prozeß der EU-Erweiterung.

Im weiteren erläutert LDir Dr. Jürgen Schöning kurz den Resolutionsentwurf, der dem Ausschuß rechtzeitig nach seiner endgültigen Fassung Mitte Juli zur Kenntnis überreicht werde. Er begründet die relativ allgemein gehaltene Fassung des Resolutionsentwurfs damit, daß zwar in

diesem Gremium die einzelnen beteiligten Parlamentarier volle Gleichberechtigung genießen, daß aber wegen der großen Heterogenität das Prinzip der Einstimmigkeit herrsche und deshalb die Zustimmung nicht durch allzu viele Details gefährdet werden dürfe. Denn die Bedeutung solcher Resolutionen für die Netzwerke und die Zusammenarbeit sei nicht zu unterschätzen. So betrachte man auch die Einladung nordischer Parlamentarier zur Kieler Woche beispielsweise als einen Teil dieses Netzwerkgedankens und versuche, das Kieler-Woche-Gespräch in den Kontext der Konferenz der Ostseeparlamentarier zu stellen.

M Gerd Walter unterrichtet auf Bitten des Vorsitzenden über das Prozedere für den nach Drucksache 13/360 jährlich zu erstattenden Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung und schlägt eine vereinfachte Gestaltung des Verfahrens dahin vor, daß der Bericht zunächst im Ausschuß behandelt werden und im Anschluß daran in verbundener Debatte mit dem Bericht des Landtagspräsidenten über die stattgefundene Parlamentarierkonferenz erfolgen könnte.

Der Vorsitzende stellt Einverständnis mit diesem Verfahrensvorschlag fest. Der Bericht soll in der Ausschußsitzung am 7. August beraten werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Überblick über die Fördermittel der Europäischen Union für Schleswig-Holstein und deren Akzeptanz**

hierzu: Umdruck 14/43

Mit Umdruck 14/43 wird dem Ausschuß die Übersicht über die Fördermittel der EU für Schleswig-Holstein 1995 vorgelegt. M Gerd Walter spricht von einer zufriedenstellenden Bilanz, da sich inzwischen nicht nur die Landesregierung, sondern auch viele private Institutionen um EU-Mittel bemühten. Das bedeute allerdings nicht, daß sich nicht noch mehr Menschen für dieses Förderinstrumentarium interessieren sollten, was auch mit der Intensivierung der Beratungsdienste versucht werde.

Gleichzeitig gibt M Gerd Walter zu bedenken, daß mit den bis zum Jahre 1999 bevorstehenden Änderungen im Finanzierungssystem der EU neue Förderschwerpunkte zu erwarten sein werden, die mit einer Umschichtung der Mittel zu Lasten bisheriger Agrarfondskonstruktionen und bisheriger Strukturfonds verbunden sein werden. Davon werde sicherlich auch Schleswig-Holstein nicht unberührt bleiben. Deshalb müsse sich Schleswig-Holstein darauf einstellen und versuchen, durch eine aktivere Akquisition einen Ausgleich zu finden.

Ein weiteres Problem sei, so fährt M Gerd Walter fort, die Komplementärfinanzierung durch das Land zu gewährleisten, die aufgrund der Sparzwänge immer schwieriger werde. Auch hier gelte es, flexible Regelungen zu finden, die spätestens bei den Haushaltsberatungen diskutiert werden sollten.

In der sich anschließenden kurzen Diskussion wird die Frage nach Möglichkeiten des Landes erörtert, Einfluß auf den Zuschnitt von EU-Förderprogrammen zu nehmen und die Möglichkeiten privater Institutionen und Gebietskörperschaften zu verstärken, EU-Mittel zu akquirieren.

Ref. Dietrich Seele schildert die auf kommunaler Ebene laufenden Bemühungen für Akquisitionen vor Ort in Brüssel. M Gerd Walter betont erneut die Vorteile persönlicher Kontakte, die auch für die Einflußnahme bei der Erstellung künftiger EU-Programme eine Rolle spielten. Er zeigt beispielhaft Defizite der Zusammenarbeit einzelner Institutionen bei der Akquisition von EU-Mitteln im Bereich der Meeresforschung auf.



Abschließend verweist Ref. Dietrich Seele auf die Möglichkeiten, das Hanse-Büro in Brüssel in Anspruch zu nehmen.

Abg. Detlef Matthiessen gibt zu überlegen, in der inhaltlichen Arbeit des Ausschusses sich auch einmal Gedanken über die künftige Ausgestaltung von EU-Förderprogrammen zum Vorteil der eigenen Region zu machen.

Eine vertiefende Beratung soll in einer späteren Sitzung erfolgen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Termine 1996 und weitere Arbeit des Ausschusses**

#### **a) Termine 1996:**

Mittwoch,	07. August
Mittwoch,	18. September
Mittwoch,	23. Oktober
Mittwoch,	13. November
Montag,	25. November (Haushalt)
Mittwoch,	04. Dezember

Die vorstehenden Termine werden gebilligt. Der Termin Mittwoch, 13. November 1996, wird zum Reservetermin bestimmt.

#### **b) Weitere Arbeit des Ausschusses**

Der Vorsitzende sieht einen Teil der Aufgaben des Ausschusses darin, Außenkontakte mit Institutionen und Gremien aufzubauen, die sich ebenfalls mit europäischen Themen beschäftigen. Er nennt beispielhaft die Industrie- und Handelskammern, das europäische Minderheitenzentrum, die Landesbank mit der IB, die Europäische Akademie, das Hanse-Büro und das Nordkolleg.

Die Ausschußmitglieder erklären sich mit diesen Kontakten einverstanden. Als erstes soll versucht werden, die IHK zu Kiel zur Sitzung am 7. August 1996 zu gewinnen.

Ferner erklären sich die Ausschußmitglieder mit der Anregung einverstanden, Termine auch vor Ort wahrzunehmen. Als erster Auswärtstermin wird der Vorschlag von LDir Dr. Jürgen Schöning aufgegriffen, am 18. September in der Europäischen Akademie in Leck zu tagen. Darüber hinaus soll versucht werden, einmal jährlich ein Gespräch mit den zwei schleswig-holsteinischen Abgeordneten im Europaparlament zu führen und Kontakte zum Europaausschuß des Bundestages aufzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Folgende Themen werden angesprochen:

1. Die Abgeordneten Jost de Jager und Detlef Matthiessen berichten über ihre Teilnahme an einem Besuch von Abgeordneten aus den 16 deutschen Landesparlamenten beim Europäischen Parlament und bei der Europäischen Kommission in Brüssel am 5. und 6. Juni 1996. Sie betonen, dabei fruchtbare Anregungen für die eigene Arbeit erhalten zu haben. Abg. Detlef Matthiessen regt in diesem Zusammenhang an, sich auch einmal über die Zusammenarbeit zwischen der dänischen und der deutschen Polizei an der dänischen Grenze zu informieren.
2. Der Vorsitzende gibt folgende Eingänge bekannt:
  - a) Die Schlußresolution der XXVIII Nordeuropäischen Gespräche der Europaunion Deutschland vom 10. bis 12. Mai 1996 in Slangstrup. Diese Resolution wird an die Ausschußmitglieder verteilt und ist im übrigen bei den Akten der 2. Sitzung einzusehen.
  - b) Die vom Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e. V. erstellte Schrift "Zur europäischen Währungsunion" ist an L 320 weitergeleitet worden.
3. LDir Dr. Jürgen Schöning empfiehlt den Sprachkurs "English for International Conferences".

Nächster Sitzungstermin: Mittwoch, 7. August 1996, 10 Uhr.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12.20 Uhr.

gez. Uwe Döring  
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab  
Geschäfts- und Protokollführerin